



Würzburg-Schweinfurt
Mainfranken

„Zivil-militärische Zusammenarbeit gemeinsam gestalten“

Positionspapier der IHK Würzburg-Schweinfurt

Ausgangslage und Hintergrund

Mit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich die geopolitische Sicherheitslage stark verändert und weitere Krisenherde schwelen. Auf die Wirtschaft wirkt sich das nicht zuletzt über gestörte Lieferketten, hohe Energiepreise und hybride Bedrohungen aus. Deutschland steht vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen diese gemeinsam bewältigen. Die Politik hat dazu Kurskorrekturen eingeleitet. Mit neuen Konzepten und rechtlichen Regelungen wurden die Grundlagen für Verteidigung und Krisenprävention angepasst. Zudem wurde die Finanzierung von Verteidigungsausgaben durch eine Grundgesetzänderung langfristig gesichert. Die Bundesregierung hat weitere Maßnahmen angekündigt bzw. auf den Weg gebracht. Dazu gehören beispielsweise die Beschleunigung bei Beschaffungsverfahren und beim Ausbau der sicherheitsrelevanten Infrastruktur sowie den Abbau von Exporthürden für „Dual-Use“-Güter. Ebenso wird das Thema Wehrdienst intensiv diskutiert.

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen verschärfen die Dringlichkeit vieler von der Wirtschaft ohnehin geforderten Maßnahmen: Bürokratieabbau, Infrastrukturmodernisierung, Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, klare Zuständigkeiten in Verwaltung und Sicherheitsbehörden, Steigerung der Produktivität sowie die Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften. Die Gesamtverteidigung betrifft somit viele Wirtschaftsbereiche, u. a. die Logistik, die Energieversorgung, die Gesundheitswirtschaft, den Finanzsektor und nicht zuletzt unmittelbar die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit ihren Zulieferbetrieben.

Mit dem „Operationsplan Deutschland“ der Bundeswehr rückt zusätzlich zur Wirtschaftspolitik auch die operative zivil-militärische Zusammenarbeit in den Regionen stärker in den Fokus. Neben Unternehmen haben dabei ebenso die IHKs Schlüsselfunktionen: Sie informieren Betriebe, vernetzen Akteure und stellen Kontakte zur Bundeswehr und zu Zivilschutzorganisationen her.

Ziel aller Aktivitäten im Bereich Wirtschaft und Verteidigung bleibt es, den Ernstfall zu verhindern. Dies schließt zugleich ein, materiell und organisatorisch auf Krisensituationen vorbereitet zu sein.

1. Mehr Tempo auf allen Ebenen: Schnellere Verwaltungsverfahren und weniger Bürokratie

Überbordende Bürokratie bremst die Modernisierung der Infrastrukturen. Es liegt sowohl im Interesse der Wirtschaft als auch der Bundeswehr, noch konsequenter unnötige Bürokratie abzubauen, sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Nur wenn es durchgreifende und spürbare Verbesserungen gibt, lassen sich die mit dem „Sondervermögen Infrastruktur“ geschaffenen Finanzierungsmöglichkeiten sinnvoll nutzen sowie in Investitionen und Produktionsprozesse umsetzen. Wichtige verteidigungs- und wirtschaftsrelevante Infrastrukturprojekte müssen zügig realisiert werden. Dazu zählen unter anderem Modernisierungen und Engpassbeseitigungen im Verkehrsbereich, der Ausbau der Energie- und gigabitfähigen digitalen Infrastruktur sowie die Ausweisung von Flächen für die Verteidigungsindustrie und deren Zulieferbetriebe.

IHK-Forderungen:

- Flächendeckende und dauerhafte Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Bürokratie spürbar abbauen
- Sanierung, Modernisierung und bedarfsgerechter Ausbau wichtiger Infrastrukturen (u. a. Verkehrswege, Energienetze, digitale Infrastruktur)
- Ausreichendes Vorhalten von Flächen für Infrastruktur sowie Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie deren Zulieferbetriebe
- Kritische Infrastrukturbereiche als „überragendes öffentliches Interesse“ festlegen
- Anforderungen der Gesamtverteidigung und der Wirtschaft in Einklang bringen
- Flächendeckend digitales Baustellenmanagement einführen

2. Rahmen für eine innovative und starke Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: Märkte, Industriepolitik, Finanzierung

Eine starke und innovative Sicherheits- und Verteidigungsindustrie spielt nicht nur eine zentrale strategische Rolle für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Durch zusätzliche Investitionen in diesem Bereich entstehen ebenso neue Potenziale für technologische Wertschöpfung, Innovationen und hochwertige Arbeitsplätze – auch für Zulieferbetriebe. Innovative Lösungen aus dem Sicherheits- und Rüstungssektor finden zudem häufig Anwendung in zivilen Bereichen, etwa in der Luft- und Raumfahrt, der Medizintechnik oder der digitalen Sicherheit. So tragen Investitionen in dieser Branche langfristig zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der gesamten Wirtschaft bei. Im Bereich der Innovationsförderung bestehen derzeit noch bürokratische Hürden, die abgebaut werden müssen.

Hauptabnehmer der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind staatliche Einrichtungen. Damit die Unternehmen der Branche Produktionskapazitäten ausweiten und in Forschung und Entwicklung investieren können, sind verlässliche und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen im Sinne langfristiger Absatzperspektiven erforderlich.

IHK-Forderungen:

- Langfristige Planungssicherheit für Unternehmen schaffen
- Verteidigungsausgaben ausgewogen finanzieren, Prioritäten für zukunftsorientierte Investitionen im Bundeshaushalt sichern und finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten
- Forschung und Entwicklung im Sicherheits- und Verteidigungsbereich intensivieren
- Vernetzung zwischen Unternehmen, Startups, Forschungseinrichtungen und TechHubs fördern
- Vergaberecht vereinfachen sowie KMU und Startups leichteren Zugang zu öffentlichen Aufträgen ermöglichen
- Bürokratische Hürden bei Förderprogrammen und Sicherheitsüberprüfungen abbauen
- Zugang zu EU-Programmen für den Mittelstand erleichtern (z. B. Unterstützung durch beratende Bundesstellen)
- Exportgenehmigungen beschleunigen und risikobasiert nach Zielländern differenzieren
- Europäischen Binnenmarkt für Sicherheits- und Verteidigungsgüter schaffen, Exportregeln harmonisieren
- Gemeinsame EU-Beschaffung stärken, nationale Kompetenzen und Arbeitsplätze sichern

3. Wehrdienst, berufliche Bildung und Fachkräftesicherung ganzheitlich angehen

Die geplante Stärkung der Bundeswehr und des Zivilschutzes werfen die Frage auf, wie sich die Verteidigungsfähigkeit mit den ohnehin in vielen Branchen herrschenden Arbeits- und Fachkräftengpässen vereinbaren lässt. Die Bundesregierung plant eine Erhöhung der Zahl der Soldaten auf bis zu 260.000 und der Reservisten auf 200.000. Ein zunächst freiwilliger Wehrdienst soll dabei helfen. Die schrittweise Einführung einer Wehrpflicht könnte folgen. Bereits jetzt fehlen im IHK-Bezirk Würzburg-Schweinfurt rund 18.000 Arbeitskräfte. Ein personeller Zuwachs bei Bundeswehr und Zivilschutz wird den Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte weiter erhöhen. Deshalb ist es umso wichtiger, Wehrdienst, berufliche Bildung und Arbeitswelt ganzheitlich zu denken – zum Vorteil von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. So sollten beispielsweise während des Wehrdienstes Qualifikationen erworben werden, die Arbeitskräfte später in ihrem beruflichen Alltag nutzen können.

IHK-Forderungen:

- Wehrdienst, berufliche Bildung und Arbeitsmarkt ganzheitlich angehen, Synergien nutzen
- Bei Wehrdienst niederschwellige Freistellung in Mangelberufen ermöglichen
- Rückstellungen vom Wehrdienst bei Auszubildenden ermöglichen
- Interessen der Unternehmen bei Wehr- und Zivilschutzübungen berücksichtigen (z. B. durch vorausschauende Planungen)
- Erstattung des Arbeitsentgelts bei Wehrübungen für Unternehmen praxisgerecht gestalten
- Wehrdienst bestmöglich für weiterführende Qualifikationen nutzen (z. B. Möglichkeiten berufsabschlussorientierter Qualifizierungen)
- Möglichkeit des geförderten Erwerbs von Führerscheinen der Klassen C (Lkw), D (Bus) und T (Zugmaschinen) während des Wehrdienstes schaffen
- Kooperation von Bundeswehr und IHKs bei beruflicher Bildung stärken
- Engpässe am Arbeitsmarkt verringern: Inländische Potenziale (z. B. Frauen, Ältere) besser nutzen, Zuwanderungssystem an Erfordernisse der Unternehmen anpassen, Beschäftigung ausländischer Arbeits- und Fachkräfte erleichtern
- Fachkräftelücke durch Einsatz digitaler Technologien und Produktivitätssteigerungen verringern
- Sicherheitsüberprüfungen von Personen beschleunigen (z. B. durch Differenzierung bei Sicherheitsstufen)

4. Resilienz bei Cyber-, Energie- und Rohstoffsicherheit erhöhen

Im Zuge der veränderten Sicherheitslage nehmen hybride Destabilisierungsmaßnahmen wie beispielsweise Cyberattacken und Sabotageakte auf kritische Infrastrukturen zu. Wirtschaftliche Abläufe und Marktmechanismen als ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigungsfähigkeit sollten jederzeit funktionieren. Neben militärischer Sicherheit gewinnen daher auch Cyber-, Energie- und Rohstoffsicherheit an Bedeutung. Staat und Unternehmen müssen ihre Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen stärken. Besonders gilt dies für kritische Infrastrukturen (KRITIS), wie z. B. der Energie- und Wasserversorgung, der Informationstechnik und Telekommunikation, dem Gesundheitswesen sowie im Verkehrs- und Logistikbereich. Die Umsetzung entsprechender europäischer Richtlinien sollte zeitnah und unbürokratisch erfolgen.

IHK-Forderungen:

- Cybersicherheit ganzheitlich denken und erhöhen, technische Komponenten und menschliche Risikofaktoren berücksichtigen
- Konzepte und Maßnahmen bei Cybersicherheit stetig anpassen, Prävention und Schulungen ausbauen
- EU-Richtlinien zur Cybersicherheit (NIS-2) und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (CER) zügig und unbürokratisch umsetzen
- Balance zwischen einem hohen Resilienzniveau und damit einhergehenden Kostensteigerungen wahren
- Energieversorgung und andere kritische Infrastrukturen physisch und digital widerstandsfähiger machen, EU-Energiebinnenmarkt stärken
- Schutzmaßnahmen mit Blick auf strategisch wichtige Wertschöpfungsketten und kritische Infrastrukturen eng mit der Wirtschaft abgestimmen
- Lieferketten und Rohstoffversorgung diversifizieren und sichern, neue Handels- und Rohstoffpartnerschaften schließen
- Kreislaufwirtschaft zur Verringerung von Abhängigkeiten stärken

5. Rolle und Aufgaben der IHK-Organisation: Zivil-militärische Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stärken

In den Konzepten zur Gesamtverteidigung ist ein funktionierendes Wirtschaftsleben von großer Bedeutung. So können im Verteidigungsfall Leistungsverpflichtungen durch die öffentliche Hand für Unternehmen ausgelöst werden. Die IHK-Organisation spielt bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, Bundeswehr und Wirtschaft eine zentrale Rolle – auf europäischer, Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Neben der Information der Mitgliedsunternehmen, der Interessenvertretung und zahlreichen Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften mit Wirtschaftsbezug rund um die Gesamtverteidigung, rücken hoheitliche Aufgaben, wie beispielsweise Stellungnahmen zur Unabkömmlichkeit von Arbeitnehmenden, wieder stärker in den Fokus.

IHK-Forderungen:

- Bewusstsein in Politik und Verwaltung über Bedeutung von Unternehmen und Wirtschaftszweigen zur Aufrechterhaltung wichtiger Funktionen stärken
- Bewusstsein für Wirtschaftsschutz und Sabotageprävention in Unternehmen weiter schärfen
- Krisenvorsorge in Unternehmen fördern, Ansprechpartner bei Behörden einrichten
- Informationsangebote und Schulungen für Unternehmen ausbauen
- Unternehmen bei sich ändernden Bedrohungslagen Lagebilder durch Sicherheitsbehörden zur Verfügung stellen
- IHK-Organisation international für die Vernetzung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nutzen
- Außenwirtschaftsinstrumente regelmäßig an sicherheitspolitische Entwicklungen anpassen

Auf einen Blick: Forderungen für die zivil-militärische Zusammenarbeit

Mehr Tempo auf allen Ebenen: Schnellere Verwaltungsverfahren, weniger Bürokratie	Rahmen für innovative und starke Sicherheits- Verteidigungsindustrie verbessern	Wehrdienst, berufliche Bildung und Fachkräftesicherung ganzheitlich angehen	Resilienz bei Cyber-, Energie- und Rohstoffsicherheit erhöhen	Zivil-militärische Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stärken
Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, Bürokratie spürbar abbauen	Planungssicherheit für Unternehmen schaffen	Niederschwellige Befreiung bei Mangelberufen ermöglichen	Cybersicherheit ganzheitlich denken und erhöhen	Informationsangebote und Schulungen ausbauen
Modernisierung wichtiger Infrastrukturen	Ausgaben ausgewogen finanzieren, Priorität für Zukunftsinvestitionen	Engpässe auf Arbeitsmarkt verringern	Konzepte und Maßnahmen stetig anpassen, Schulung und Prävention ausbauen	Lagebilder zur Verfügung stellen
Anforderungen der Gesamtverteidigung und der Wirtschaft in Einklang bringen	FuE intensivieren, Vernetzung fördern	Rückstellung vom Wehrdienst bei Auszubildenden ermöglichen	EU-Richtlinien NIS-2 und CER zügig und unbürokratisch umsetzen	Krisenvorsorge fördern
Ausreichend bedarfsgerechte Flächen für Infrastruktur und Unternehmen	Zugang zu EU-Programmen erleichtern	Wehrdienst für weiterführende Qualifikationen nutzen, Kooperation Bundeswehr und IHKs stärken	Kritische Infrastrukturen resilienter machen, Nutzen- Aufwand-Verhältnis wahren	Bewusstsein für Wirtschaftsschutz, Sabotageprävention und Wirtschaftsabläufe schärfen
Digitales Baustellenmanagement	Bürokratie bei Förderprogrammen, Vergaberecht und Sicherheitsüberprüfungen abbauen	Erwerb von Führerscheinen der Klassen C, D und T fördern	Lieferketten- und Rohstoffversorgung sichern, neue internationale Partnerschaften eingehen	IHK-Organisation für internationale Vernetzung nutzen
	Exportgenehmigungen beschleunigen	Praxisgerechte Gestaltung des Arbeitsentgelts bei Wehrübungen	EU-Energiebinnenmarkt ausbauen	Außenwirtschaftsinstrument regelmäßig an Sicherheitserfordernisse anpassen
	EU-Binnenmarkt und EU- Beschaffung stärken	Sicherheitsüberprüfungen beschleunigen	Kreislaufwirtschaft stärken	